

F7**Titel** Internationales Selbstverständnis der Jusos**AntragstellerInnen** Baden-Württemberg**Zur Weiterleitung an** angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Internationales Selbstverständnis der Jusos

1 **Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Welt**

2 Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Die Debatte um die Rolle der Bundesrepu-
3 blik Deutschland in der internationalen Staatengemeinschaft wird seit einigen Jahren mit besonderer Intensität
4 geführt. Der Ursprung der aktuellen Diskussion ist dabei zu großen Teilen auf der Münchner Sicherheitskonfe-
5 renz von 2015 zu verorten, als innerhalb weniger Tage mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident
6 Joachim Gauck und Außenminister Frank-Walter Steinmeier dreimaßgebende Persönlichkeiten der deutschen
7 Außenpolitik in leichter Abwandlung den Gedanken formulierten: Die BRD muss mehr Verantwortung in der
8 Welt übernehmen.

9 Bis heute beschäftigt dieser Gedanke Bundespolitik und Zivilgesellschaft gleichermaßen. War der Verantwor-
10 tungsgedanke 2015 zu Beginn stark von dem Eindruck geprägt, die Welt sei „aus den Fugen geraten“ (Zitat
11 Frank-Walter Steinmeier auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 2015) und werde von einer zuneh-
12 mend großen Zahl an Krisenherden erschüttert, verstärkt sich in diesen Tagen die Wahrnehmung, dass für
13 sicher befundene Strukturen der internationalen Ordnung bröckeln und Partner ihre Prioritäten verschieben
14 oder ihr Engagement einschränken. Werte und Normen der internationalen Ordnung wie etwa grundlegen-
15 de Menschenrechte, die als weit verbreitet und nahezu selbstverständlich galten, scheinen plötzlich zusehens
16 in Gefahr. Trotz berechtigter Bedenken und Einwände gegenüber Rüstung, Bewaffnung und dem Einsatz der
17 Bundeswehr scheint damit auch im Jahr 2017 der Grundkonsens der Debatte festzustehen: Die BRD muss
18 mehr Verantwortung in der Welt übernehmen.

19 Doch wie ist dieser Gedanke von einem Mehr an Verantwortung für uns Jungsozialist*innen zu verstehen?
20 Wie müssen internationale Verantwortung und Solidarität aus Sicht der Jusos gedacht werden? Was muss die
21 Bundesrepublik tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?

22 Zum einen muss sich die Bundesrepublik Deutschland klar und deutlich zum Multilateralismus bekennen und
23 ihr Engagement in internationalen Organisationen spürbar stärken. Multilaterale Zusammenarbeit ist der bi-
24 lateralalen Zusammenarbeit vorzuziehen, da dabei mehr Staaten miteinbezogen werden. In einer Welt der Glo-
25 balisierung und der immer weiter zunehmenden wirtschaftlichen aber auch kulturellen und politischen Ab-
26 hängigkeiten kann kein Staat alleine wirkungsvoll auf internationale Probleme einwirken, geschweige denn
27 diese lösen. Dies gilt auch für die BRD, die wie kaum ein zweites Land auf eine von Respekt und Ordnung
28 geregelte internationale Ordnung baut. An erster Stelle muss daher ein starker und überzeugter Einsatz in
29 und für die Vereinten Nationen stehen, die bei aller Unvollkommenheit in ihrer Rolle als internationale Orga-
30 nisation einzigartig bleiben. Dazu gehört neben der Selbstverständlichkeit, Mitgliedsbeiträge fristgerecht und
31 in voller Höhe zur Verfügung zu stellen, auch die aktive Mitgestaltung des Erneuerungsprozesses und des in-
32 ternen Wandels der Vereinten Nationen, die in der Zukunft unausweichlich sein werden. Darüber hinaus gilt
33 es gleichermaßen bedeutende Organisationen wie die OSZE oder NATO sowie internationale Gerichtshöfe zu
34 stärken sowie letztere vollkommen anzuerkennen und zu legitimieren. Die BRD muss diesbezüglich ihre Ver-
35 antwortung gegenüber anderen Staaten wahrnehmen und stets im Austausch und in Kooperation mit der
36 internationalen Staatengemeinschaft agieren.

37 Zum anderen müssen Menschenrechte und internationale Solidarität deutlich erkennbar die Maxime deut-
38 scher Außenpolitik sein. Grundlegende Menschenrechte sowie Vorstellungen menschlicher Würde sind weder
39 ein rein europäischer Kulturexport noch können sie durch vorgehaltene kulturelle oder religiöse Gepflogenhei-
40 ten einzelner Kulturkreise relativiert werden. Vielmehr sind in nahezu allen Kulturen unabhängig voneinander
41 entstanden. Außerdem sind sie der Grundkonsens auf den sich die Länder 1948 in der Allgemeinen Erklärung
42 der Menschenrechte der UN gemeinsam geeinigt haben.

43 Die BRD hat eine historische Verantwortung zur Solidarität mit Israel. Deshalb muss die BRD sich sowohl im na-
44 tionalen als auch im internationalen Kontext gegen Antisemitismus in jeglicher Form einsetzen. Wie notwendig
45 diese bedingungslose und andauernde Solidarität ist, zeigt sich insbesondere darin, dass Antisemitismus trotz
46 der Shoah fortbesteht und immer wieder aufflammt.

47 **Rolle der BRD in Europa**

48 Das Großprojekt einer politischen europäischen Einheit hat sich in den vergangenen Jahren in gefährlicher
49 Geschwindigkeit in Richtung Scheitern bewegt. Dies zu verhindern muss und wird in mittelfristiger Zukunft
50 eines der zentralen Themen der europäischen Sozialdemokratie sein.

51 Um sich der Frage nach der Rolle der BRD in der EU zu nähern, müssen die europäische Einheit und ihre Orga-
52 ne zunächst vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgründe betrachtet werden. Die europäische Integration
53 war zu deren Beginn in erster Linie ein Friedensprojekt, ursprünglich bestehend aus Wirtschafts- und Handels-
54 koalitionen, wie etwa der EGKS und der OEEC. Seit der Zuspitzung des Kalten Krieges wurde die europäische
55 Integration auch zunehmend um über wirtschafts- und handelspolitische Fundamente europäischen Friedens
56 erweitert, wie die KSZE, später OSZE. Nach dem Ende des kalten Krieges wurde mit dem Vertrag von Maas-
57 tricht nicht nur die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, sondern zugleich auch eine
58 gemeinsame Außen-, Sicherheitspolitik sowie eine engere Kooperation der Mitgliedsstaaten in der Innen- und
59 Justizpolitik beschlossen. Damit wurde auch der Grundstein für die EU als ein über bloße Wirtschafts- und
60 Handelspartnerschaften hinausgehender Staatenverbund gelegt, welcher den Frieden und die europäische
61 Integration auch durch gemeinsame Innenpolitik sichert.

62 Eine zentrale Rolle der BRD wird sich darauf beziehen müssen, dass sich diese Entwicklungen hin zu einer so-
63 zialen und solidarischen EU für alle Unionsbürger*innen fortsetzen. Die BRD hat in wirtschaftlicher Hinsicht
64 mit am stärksten im Vergleich zu sonstigen Mitgliedsstaaten aus den europäischen Zoll-, Handels-, Wirtschafts-
65 und schließlich Währungsunionen profitiert. Gerade für die BRD als eine der wirtschaftlich stärksten Kräfte dür-
66 fen deshalb die eigenen wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen nicht länger die ideellen Interessen am
67 Erhalt der EU als politische und friedenssichernde Union überwiegen. Die von der BRD als stärkstem Gläubiger
68 maßgeblich mit angeordnete strenge Austeritäts- und Sparpolitik muss beendet werden und die EU zu einer
69 gerechten, sozialen und dadurch stärker von der Bevölkerung akzeptierten Union umgestaltet werden. Ein
70 Sparzwang in Ländern, in denen es an essentiellen infrastrukturellen und wirtschaftlichen Ressourcen fehlt,
71 kann langfristig keine Lösung für die europäische Schuldenproblematik sein.

72 Wir wollen eine echte Wirtschafts- und Sozialunion voranzutreiben. Auch wenn wir die verschiedenen Sozi-
73 alsicherungssysteme der Mitgliedstaaten anerkennen, streben wir eine Angleichung auf EU-Ebene an. Des
74 Weiteren muss insbesondere gegen Lohn- und Sozialdumping vorgegangen werden. Auch muss eine stärkere
75 Zusammenarbeit in der Finanzpolitik muss erfolgen. So fordern wir eine gemeinsame Steuerpolitik und die
76 Einführung einer Steuerunion um Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen.

77 Es muss insbesondere die Jugend in den Blick genommen werden. Soziale Ungleichheit lässt sich nachhaltig
78 am besten durch die Schaffung von Perspektiven für die Jugend beheben. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dafür
79 in vielen europäischen Staaten zu hoch. Daher sollen die Mittel des Youth Employment Initiative (YEI) aufge-
80 stockt werden um so die Jugendgarantie effektiver durchzusetzen. Gleichzeitig müssen die Mittel effizienter
81 genutzt werden. Dazu gehört auch eine gezieltere Förderung von schwer erreichbaren Jugendlichen und die
82 Einführung eines dualen Ausbildungssystems nach dem deutschen Modell in mehr Ländern in der EU.

83 Ein weiteres zentrales Thema der europäischen Sozialdemokratie muss sein, die EU demokratischer zu ge-
84 stalten. Dafür muss insbesondere auf eine Einführung des Initiativrechts für das EU-Parlament hingearbeitet
85 werden, zudem ist die derzeitige Stellung von Ministerrat und Rat der EU im Institutionengefüge der EU nicht
86 langfristig tragbar. Im Sinne eines europäischen Staatenverbundes müssen diese zu einer zweiten Kammer
87 umfunktioniert werden, ähnlich wie in üblichen Systemen föderaler Republiken. Teil dieser Entwicklung muss

88 auch eine noch stärkere Anbindung der Kommunen an die europäische Ebene sein. Bestehende Angebote
89 der direkten Rückkopplung zwischen den EU-Bürger*innen und den EU-Institutionen, wie etwa die oder der
90 Bürgerbeauftragte müssen ausgeweitet werden.

91 In diesen Zeiten der Anspannung der russisch-europäischen Verhältnisse ist es außerdem unerlässlich, eine
92 Stärkung der OSZE in den Fokus der deutschen Europapolitik zu rücken. Ein Ansatz dazu ist, eine allseits ratifi-
93 zierte Ausweitung der Kompetenzen der OSZE auf Aufklärungs- und Untersuchungsmissionen sowie Wahlbe-
94 obachtungen voranzutreiben.

95 **Waffenexporte**

96 Das Ideal jeder (Außen-)Politik muss eine Welt ohne Waffen sein. Derzeit ist jedoch ein vollständiges Verbot
97 von Waffenexporten nicht mit einer Verantwortung der BRD für die Sicherung von Frieden und den Schutz der
98 Menschenrechte vereinbar. Bestimmte Akteure sind zur Erfüllung genau dieser Zwecke gegebenenfalls auf
99 den Kauf von Rüstungsgütern angewiesen.

100 In der Vergangenheit hat die Bundesregierung wiederholt Waffenexporte an Akteure genehmigt, die für mas-
101 sive Menschenrechtverletzungen verantwortlich sind, etwa Saudi-Arabien. Für solche Waffenlieferungen kön-
102 nen keine Verantwortungsinteressen, sondern vielmehr nur finanzielle und geostrategische Interessen der
103 BRD im Vordergrund stehen. Denn die Unterstützung von Akteuren, die selbst auf unmenschliche und men-
104 schenrechtswidrige Weise gegen Zivilist*innen vorgehen, kann nicht zu einer dauerhaften Sicherung von Frie-
105 den und internationalen Durchsetzung und Verteidigung von Menschenrechten beitragen.

106 Für uns Jusos ist es ebenfalls nicht mit einer internationalen menschenrechtlichen Verantwortung der BRD
107 vereinbar, Waffen zu exportieren, deren Verwendungszweck und künftiger Verbleib schon von vorneherein
108 zweifelhaft ist. Insbesondere ist uns dabei wichtig, dass eine effektive Endverbleibskontrolle festgelegt wird.
109 Außerdem soll die Bundesregierung Waffenexporte nur genehmigen dürfen, wenn die belieferten staatlichen
110 Völkerrechtssubjekte den folgenden Katalog an Standards dauerhaft erfüllen:

111 · Die Staatsgewalt ist aufgrund einer ihr zugrundeliegende Verfassung nur durch demokratische Entscheidung
112 legitimierbar. · Der Schutz aller Menschenrechte im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention (EM-
113 RK) oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN ist rechtlich gewährleistet. · Diese Rechte
114 und Prinzipien werden nicht systematisch verletzt und sind vor unabhängigen Gerichten tatsächlich einklag-
115 bar durchsetzbar. · Der Staat verpflichtet sich, die importierten Rüstungsgüter nicht zum Führen eines Angriffs-
116 krieges (per Definition in Resolution 3314 der Vereinten Nationen vom 14.12.1974) zu verwenden.

117 Gekorene Völkerrechtssubjekte, wie internationale Organisationen, müssen die UN-Menschenrechtserklärung
118 ebenfalls anerkennen und auf deren Schutz sowie internationale Friedenssicherung ausgerichtet sein.

119 Sofern sich aufgrund einer umfassenden Prüfung Zweifel daran ergeben, dass diese Voraussetzungen beim
120 zu beliefernden Akteur erfüllt sind, darf die Waffenlieferung unter starker Berücksichtigung der humanitären
121 Situation nicht genehmigt werden.

122 **Entwicklungspolitik**

123 Die BRD als ehemalige Kolonialmacht und wirtschaftlich sehr starkes Land hat eine gewisse Verantwortung
124 gegenüber den Regionen, die unter dem Kolonialismus gelitten haben und bis heute darunter leiden. Die BRD
125 gehört zu einem der größten Geberländer von Geldern für die Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch lag das
126 2015 für diese Zwecke ausgegebene Geld nur bei 0,52% des BIP, obwohl sich die EU-Mitgliedstaaten darauf
127 geeinigt hatten bis 2015 mindestens 0,7% des BIP in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Dieses Ziel
128 hat die BRD (wie die meisten EU-Staaten) deutlich verfehlt, obwohl es unserer Meinung nach immer noch viel
129 zu niedrig ist. Zumal Ausgaben etwa für Geflüchtete im Inland in diese Zahl miteinberechnet werden, was sie
130 künstlich erhöht, ohne dass die Entwicklungszusammenarbeit verbessert wird. Deshalb fordern wir, dass die
131 BRD ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren deutlich erhöht. Des Weiteren
132 fordern wir, dass bei den in der NATO vereinbarten 2% des Haushalts für Sicherheitspolitik auch Ausgaben für
133 Friedens- und Entwicklungspolitik berücksichtigt werden. Dies entbindet nicht von der Einhaltung des 0,7%-
134 Ziels.

135 Die Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens muss außerdem effektiver werden. Oft werden
136 Projekte durchgeführt, die zwar öffentlichkeitswirksam sind, die Entwicklung aber nicht dauerhaft und nach-
137 haltig fördern. Häufig werden Projekte von ausländischen Expert*innen geleitet und brechen zusammen,

138 sobald diese Expert*innen wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Wir fordern eine effektive, nachhaltige
139 Entwicklungszusammenarbeit, die die Partnerländer und ihre Bedürfnisse auf Augenhöhe miteinbezieht und
140 nicht blind westliche Vorstellungen von Entwicklung durchsetzt. Außerdem fordern wir, dass die Mitgliedstaat-
141 ten der EU stärker zusammenarbeiten, um die Dopplung von Projekten zu verhindern.

142 Westliche Unternehmen profitieren noch immer stark von ungleichen Wirtschaftsverträgen mit sog. Entwick-
143 lungsländern, Rohstoffe werden billig gekauft und arbeitsintensive Produktionsprozesse zum Beispiel in der
144 Textilindustrie werden in Billiglohnländern ausgelagert, oft kommt es hier zu Kinderarbeit. Wir fordern, dass
145 die BRD und alle anderen EU-Staaten solchen Prozessen aktiv entgegenwirken. Ebenso dürfen durch die EU
146 subventionierte Agrarprodukte nicht ins EU-Ausland exportiert und dort unter dem dort üblichen Marktpreis
147 verkauft werden.

148 Korruption ist noch immer ein globales Problem, unter anderem auch in sogenannten Entwicklungsländern.
149 Die westliche Welt sollte sich diplomatisch stärker für Korruptionsbekämpfung einsetzen, anstatt die Korrup-
150 tion durch zweifelhafte Verträge (beispielsweise zur Rohstoffförderung) weiter zu befördern.

151 In Medien, politischer Öffentlichkeit und im Bildungssystem sind Entwicklungspolitik und Entwicklungszusam-
152 menarbeit ein nachgeordnetes Thema. Wir fordern, dass versucht wird, die Bevölkerung mehr für die Thematik
153 zu sensibilisieren und sich dabei insbesondere auch mit den Problemen und Kritikpunkten an Entwicklungszu-
154 sammenarbeit zu beschäftigen. An erster Stelle sollte in der Entwicklungszusammenarbeit die Durchsetzung
155 von Menschen- und Grundrechte stehen. Um den Menschen eine Perspektive zu eröffnen, muss zudem eine
156 wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden, die den Menschen nützt und nicht ausbeutet.

157 Die SPD ist eine Partei, die sich für Solidarität, Demokratie und die Menschenrechte einsetzt. Deshalb fordern
158 wir, dass die BRD sich gegenüber anderen Ländern solidarisch verhält und sich weltweit für Demokratie und
159 Menschenrechte engagiert, sei es in der EU, den Vereinten Nationen oder der direkten, bilateralen Zusammen-
160 arbeit mit Ländern des globalen Südens. Diese Zusammenarbeit muss auf Augenhöhe erfolgen und darf nicht
161 ausschließlich auf einem eurozentrischen Verständnis von Entwicklung basieren. Wir sprechen uns dafür aus,
162 dass die BRD sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an den SDGs orientiert. Wir als Jusos setzen
163 uns nicht nur im nationalen, sondern auch im globalen Rahmen für Umverteilung und soziale Gerechtigkeit
164 ein.

165 **Bundeswehr**

166 Für uns gilt grundsätzlich das Ideal einer Welt ohne Militär, zugleich ist die Welt noch nicht in diesem Idealzu-
167 stand, daher akzeptieren wir die Existenz von Armeen. Dennoch: Ein militärischer Einsatz kann das letzte Mittel
168 sein, wenn keine diplomatischen Lösungen möglich sind. Äußerst kritisch beobachten wir die steigende Anzahl
169 von Kriegen in der Welt. Neben Einsätzen durch ein UN-Mandat halten wir auch die Landesverteidigung, sowie
170 die Bündnistreue in der NATO für legitime Einsatzgründe.

171 Mittelfristiges Ziel jungsozialistischer Politik bleibt die Bildung einer Europäischen Armee unter der Kontrolle
172 des EU-Parlamentes. Dieser Weg ist jedoch nur gangbar, wenn es eine Harmonisierung der Außen- und Sicher-
173 heitspolitik innerhalb der EU gibt und ein reger Austausch zwischen den nationalen Armeen stattfinden. Dieser
174 Austausch sollte durch Bildung weiterer bi- und trinationaler Militärverbände wie der Deutsch-Französischen
175 Brigade stattfinden. Nur so entwickelt sich ein gemeinsames Verständnis darüber, wie eine Armee zu orga-
176 nisieren ist. Eine Europäische Armee jedoch kann nur dann unterstützt werden, wenn ihr Einsatz ebenso re-
177 striktiven Auflagen unterliegt, wie der Einsatz der Bundeswehr, denn die militärische Lösung darf auch auf
178 EU-Ebene nur als Ultima ratio angewandt werden.